

Kösliner Volksblatt

vorm. Fürstentumer Zeitung
General-Anzeiger für den Regierungsbezirk Köslin

Das Kösliner Volksblatt erscheint täglich mit Ausnahme der Tage nach den Sonn- u. Feiertagen. Vierteljährlicher Bezugspreis 2 Mk. 70 Pfg. - Schriftleitung und Verlag Köslin, Bergstraße Nr. 26. Fernsprech-Anschluß Nr. 49. Postfach-Konto Danzig Nr. 1989

Der Anzeigenpreis beträgt für die sechsgepaltene Kleinzeile 20 Pfg.; Reklame kostet die dreigeipaltene Kleinzeile 60 Pfg. Bei Wiederholung wird Preisermäßigung gewährt. Erfüllungsort Köslin. Vermittlung von Anzeigen für alle Zeitungen ohne Preisermäßigung

Nr. 119.

Freitag, den 23. Mai 1919.

17. Jahrgang.

Ein Abschiedswort.

Mit dem heutigen Tage lege ich die Hauptredaktion und die Direktion der „Fürstentumer Zeitung“ nieder, beide Posten habe ich seit dem 23. September 1908 inne. Ich lege sie jetzt nieder, um mich anderwärts und zwar namentlich ausschließlich der parteipolitischen Betätigung widmen zu können. Es drängt mich, aus diesem Anlaß meinen vielen politischen und persönlichen Freunden und treuen Bekannten, von denen ich viel Liebes in der Zeit empfangen habe, ein herzliches „Gott vergelt's“ und ein ebenso herzliches „Gott befohlen“ zum Abschied zuzurufen. Wir standen in manchem Sturm zusammen; Gott will es, daß noch schwerere über unser Preußenland dahingehen sollen. Arbeiten und nicht verzweifeln, sei und bleibe unsere Losung. Gott war mit uns, und Gott wird mit uns sein.

Meinen Mitarbeitern und dem Personal der „Fürstentumer Zeitung“, mit dem mich stets bestes Einvernehmen bis in die letzten Tage hinein verband, sei auch zum Abschied Dank für die treue Mitarbeit und herzlich lebwohl gesagt.

Auch meinen Gegnern möchte ich ein Abschiedswort zuwenden. Hart war häufig der Kampf, und politische Kämpfe muß und wird es immer geben; aber wo der Kampf durch meine Schuld auf das persönliche Gebiet kam, habe ich es stets bedauert. Die Hitze des Kampfes war meine einzige Entschuldigung, gewollt habe ich es nie, und jeden, den ich persönlich kränkte, darum um Verzeihung zu bitten, ist mir ein dringendes Anliegen in der Stunde des Abschieds. Seien wir allzeit eingedenk, daß wir alle Kinder einer Mutter, unserer Mutter Germania, sind.

Köslin, den 23. Mai 1919.

H. Schwinzer.

Meine persönliche Anschrift bleibt bis auf weiteres Köslin, Danzigerstraße 28.

Damit der ganzen Welt!

Von Professor Emil Abderhalden, Halle.

Seit bald fünf Jahren sucht unendliches Leid die größten Völker der Welt heim. Besonders schwer gelitten hat das deutsche Volk. In den gewaltigen Opfern an der Front sind die Opfer der Hungerblockade gekommen. Angezählt sind die durch sie für alle Zeiten Geschädigten. Ein ungeahnt großer Gebirgsrückgang und eine alles Maß übersteigende Kindersterblichkeit läßt uns mit größter Sorge in die Zukunft des deutschen Volkes blicken. Dazu kommt der wirtschaftliche Zusammenbruch und das Hinwegfegen der alten Staatsform.

In einem Zustand der größten Unterernährung und der Verzweiflung treffen das deutsche Volk die härtesten Friedensbedingungen, die je in der Weltgeschichte einem Volke zugemutet worden sind. Sein Hungerzustand soll andauern, ja noch durch Wegnahme von Milchkuhen, Rindern, Schweinen und Ziegen verstärkt werden. Wirtschaftliche Zwangsmaßnahmen sollen das Wiedererwachen des deutschen Handels und der Industrie verhindern. Durch Wegnahme von Kohlen, Erzen usw. und vor allem auch der fruchtbarsten Teile Deutschlands soll Verelendung des gesamten Volkes herbeigeführt werden.

Zahllos waren die Pläne, im Schutze des versprochenen Waffenfriedens, alles, was zusammengebrochen war, neu und verbessert aufzubauen. Ungezählte Bestrebungen galten der Besserung des Loses der Arbeiter. Ein glückliches Volk sollte entstehen. Wir wußten, daß schwerste materielle Opfer unser hartes. Wir wußten, daß wir unsere Lebenshaltung wesentlich zurückschrauben mußten. Gerne bringen wir alle Opfer, die sich mit der Fortdauer eines freien, großen Volkes vertragen. Wir stellen uns auf den Boden der Tatsachen und anerkennen, daß wir trotz tapferster Wehr besieg sind. Der Sieger kann fordern! Der Besiegte muß leiden. Sein Leid muß aber in Grenzen gehalten sein, die ein reiches Wiederaufleben gestatten.

Ein großes Ziel winkte! Es galt den dauernden Waffenfrieden aufzurichten und einen Bund der Völker aufzubauen, in dem jedes Volk sich frei nach seinen besonderen Gaben entfalten konnte. Das deutsche Volk sehnt sich darnach, in einem solchen Bunde seine Kräfte frei zu entfalten. Der Tag des Friedensschlusses sollte der Geburtstag dieses Völkerbundes sein. Ein Segen für die ganze Menschheit sollte von diesem Tag ausgehen. Bleiben die Bedingungen des Friedens im schärfsten Widerspruch mit dem Geist der Versöhnung und der Gerechtigkeit, dann wird dieser Tag der Geburtstag weiterer Kriege sein. Sie müssen kommen! Kein noch so starker Friedenswille wird der Kriegsurie halt gebieten. Koderte vor 1914 die Kriegsfackel auf dem Balkan bald da bald dort auf, so wird sie in ganz Europa und vielleicht in der ganzen Welt im kommenden Jahrhundert nicht verlöschen.

Es ist unsere Pflicht, in dieser furchtbar ernsten Stunde, mit Gewalt unsere Gefühle zugunsten einer kühn jauchenden Ueberlegung zurückzudrängen. Unser oberster Grundsatz muß sein: Wahrheit und Gerechtigkeit. Einen Vertrag, den wir nicht halten können und der uns mit elementarer Kraft zu neuen Kriegen zwingt, dürfen wir nicht unterschreiben. Werden wir durch unsere Wehrlosigkeit gezwungen, einen Gewaltfrieden anzunehmen, dann gehehe es mit lautem Protest und der klaren Darlegung, daß ein in höchster Not erzwungener Vertrag den Unterzeichner nicht vertragsbrüchig macht, wenn er seine Bedingungen nicht halten kann. Hoffen wir, daß die Verhandlungen Erfolg haben. Freilich ist es ganz unmöglich, die uns vorgelegten Bedingungen zu mildern! Möglich ist nur ein neuer Vertrag, der

von Grund aus von einem ganz anderen Geist getragen ist, als der uns vorgelegte!

Selbstmörderische „Volksabstimmungen“.

In der Rattowitzer Stadtverordnetenversammlung hat am Sonnabend Oberbürgermeister Pohlmann in einer Rede, die sich mit der Anwesenheit des Ministers des Innern beschäftigte, unter anderem die Mitteilung gemacht, daß der Minister ausgesprochen habe, es sei möglicherweise mit einer Volksabstimmung in Oberschlesien zu rechnen. Eine solche Abstimmung würde, wie Oberbürgermeister Pohlmann nach den Worten des Ministers ausführte, unter Entfernung der Behörden und des Militärs und nur unter Zulassung derjenigen Bewohner, die in diesem Lande geboren sind, stattfinden müssen, entsprechend den Bestimmungen des Friedensvertragsentwurfes.

Er fuhr fort: „Eine solche Abstimmung ist keine wahre, keine gerechte Abstimmung, das ist eine Farce, ein Trugbild, eine Lüge! Gegen eine solche „Abstimmung“ müßte sich die ober-schlesische Bevölkerung entschieden wehren. Die Stadtverordneten stimmten der Rede des Oberbürgermeisters lebhaft zu. Zu gleicher Zeit sind in Berlin die Abgeordneten derjenigen ostpreussischen Bevölkerungskreise, welche die Farce einer „Volksabstimmung“ über ihre künftige, staatliche Zugehörigkeit zugehört hat. Und in derselben Art, wie diese Ermländer und Masuren sich gegen die Unterstellung unter die sprichwörtliche „polnische Wirtschaft“ wehren, indem sie eine „Abstimmung“ verwerfen, welche weder frei noch gerecht, dafür aber Wilsonschen Ursprungs ist, — in derselben Art empören sich die rein oder überwiegend deutschen Kreise der Provinz Posen gegen jene Maßnahme, welche zu plump und durchsichtig ist, um noch hinterhältig genannt werden zu können.“

Und doch stehen die Herren Scheidemann und Graf Brockdorff im Begriff, in dem Herrn Clemenceau zu überreichen „Gegenvorschlag“ unter Berufung auf Wilsons 14 Punkte „Volksabstimmungen“ in den strittigen Ostgebiete-Privatmündungen vom „Matin“ behauptet. Im Hinblick auf diese Quelle braucht man die Sache nicht zu untersuchen zu und man wird gut tun, sich auf alles gefaßt zu machen, allerdings nicht, ohne sich auf jede Art dagegen zu wehren. Wir wollen doch einmal den Modus dieser Abstimmung ganz beiseite lassen und uns nicht darum kümmern, unter welchen äußeren Bedingungen das Schaustück arrangiert werden könnte. Wichtiger scheint uns die Frage, worüber z. B. die Oberschlesier denn eigentlich abstimmen würden. Gewiß sind sie die nächsten, über ihre Volks- bzw. Staatszugehörigkeit zu entscheiden. Entscheiden sie aber nicht über mehr, wenn sie darüber abstimmen, ob sie selbst ferner zu Preußen gehören wollen oder nicht? Sind es nur die ober-schlesischen Interessen, über die sie ihre „vorpopul“ vernehmen lassen? Man denke daran, daß Oberschlesien nicht „aus der Welt“ liegt, sondern ein strategisch höchst wichtiges Grenzgebiet bildet und außerdem noch, nach dem etwaigen Verlust unserer Saar- und Lothringens, ein lebenswichtiges Glied unserer Gesamtindustrie darstellt, mit dem diese steht und fällt! Die Dinge liegen also nicht so, daß die Oberschlesier mit ihrer „Volksabstimmung“ nur ihr eigenes Schicksal, die Zukunft von 2 bis 3 Millionen Grenzdeutscher, entscheiden; sondern sie, d. h. eine Minderheit von 2 bis 3 Millionen, entscheidet darüber, ob der deutschen Volksmehrheit von 60 bis 70 Millionen ein industriell, volkswirtschaftlich und strategisch völlig unentbehrliches Stück Land verloren gehen soll oder nicht!

So erst wird der Vorgang wirklich zur Farce! So gut wie „Oberschlesien“ könnte morgen z. B. Hamburg einen „Begriff für sich“ bilden und es allein von der eigenen „Abstimmung“ abhängig machen wollen, ob es fernerhin noch deutsch oder dänisch oder englisch sein wird. Hamburg ist aber nicht nur „Hamburg“, sondern Hamburg ist der größte, gesamtdeutsche Seehafen; ein Welthandelsplatz, über dessen Wohl und Wehe vom ganzen, deutschen Volke zu entscheiden wäre.

Ebenso wie die Posener und Ostpreußen nicht das letzte Wort darüber haben können, ob ihre Kornkammern in Zukunft unserem Gesamtvolke verloren gehen oder erhalten bleiben sollen; und ebenso endlich, wie es nicht eine ausschließlich oder auch nur vornehmlich ober-schlesische Sache ist, ob die südostdeutsche Kohlen- und Industrie-Ecke dem Vaterlande entzogen werden soll, worauf selbstverständlich der letzte Sinn der Ententebegeisterung für gewisse Grenzvolker-„Selbstbestimmungen“ abzielt.

Wunderbar bleibt bei alledem nur, daß selbst die preussisch-deutsche Regierung aus Liebe zum demokratischen „Prinzip“ der „Volksabstimmung“ beipflichtet; selbst wenn diese zum nationalen Selbstmord führt. So gilt es, die Augen offen zu halten und dem, was zu Versailles in Sachen der „Volksabstimmungen“ vereinbart werden sollte, die dringlichste Aufmerksamkeit zu widmen!

Die Friedensverhandlungen.

Antrag des Grafen Brockdorff-Ranzau auf Fristverlängerung.

Versailles, 21. Mai. Der Vorsitzende der deutschen Friedensdelegation Reichsminister des Auswärtigen Graf Brockdorff-Ranzau hat heute folgende Note an den Vorsitzenden der Friedenskonferenz gerichtet:

Versailles, 21. Mai. Die deutsche Friedensdelegation beabsichtigt, in den nächsten Tagen noch über folgende Punkte Mitteilungen an die alliierten und assoziierten Regierungen gelangen zu lassen, von denen sie annimmt, daß sie unter den Begriff der praktischen Vorschläge fallen:

1. Eine Note über die territorialen Ostfragen;
2. Eine Note über Elsaß-Lothringen;
3. Eine Note über die besetzten Gebiete;
4. Eine Note über Umfang und Durchführung der von Deutschland übernommenen Schadensersatzpflichten;
5. Eine Note über die weitere praktische Behandlung der Fragen des Arbeiterrechts;
6. Eine Note über die Behandlung des deutschen Privatigentums im feindlichen Anstand.

Außerdem ist eine Zusammenfassung der Bemerkungen in Arbeit, zu denen der Entwurf des Friedensvertrages in seinen Einzelbestimmungen der deutschen Regierung Anlaß bietet.

Da die hier behandelten Fragen zum Teil sehr verwickelter Art sind und mit den Sachverständigen sowohl in Versailles, als in Berlin eingehend erörtert werden mußten, werden in der von Euerer Erlebens am 7. d. Mis. bezeichneten Frist von fünfzehn Tagen nicht sämtlich erledigt werden können, wenn die Delegation sich auch bemühen wird, möglichst viele der Noten innerhalb der Frist zu übergeben. Mit Rücksicht hierauf stelle ich namens der deutschen Friedensdelegation den Antrag, den Inhalt der in Aussicht genommenen Noten schon jetzt als zum Gegenstand der schriftlichen Erörterung gemacht anzusehen und uns für eine eingehendere Darlegung die erforderliche Frist zu gewähren.

Genehmigen Sie, Herr Präsident, den Ausdruck meiner ausgezeichneten Hochachtung.

(gez.) Brockdorff, Ranzau.

Die Antwort der Regierung.

Berlin, 21. Mai. Der deutsche Kurier mit der Antwort auf die Friedensbedingungen der Alliierten hat gestern nachmittag vier Uhr Spaß passiert. Er wird heute früh in Paris eintreffen. Ob die Antwort der deutschen Regierung bereits Donnerstag den Alliierten durch Graf Brockdorff überreicht wird, steht noch dahin.

Was der Biererrat antwortet.

Versailles, 21. Mai. Die Pariser Ausgabe des „New York Herald“ bringt eine Erklärung des Biererrats „den Vorort-Note an Deutschland“ an. Dasselbe entgegengesetzten werden, daß die Gesamtzahl der deutschereits versenkten Schiffe

Die Ueberföpfung von...

Versailles, 21. 5. Die Antwort der allierten und assoziierten Regierungen auf die deutsche Note vom 21. 2. über die Schuldfrage deckt das Taubenspielerstück auf, mit dem die Entente versucht, die Friedensbasis zu verschieben und die 14 Punkte des Präsidenten Wilson in eine Haftung Deutschlands für den ganzen Krieg und all seine Folgen umzuwandeln. Was die Haftbarkeit des deutschen Volkes für die internationalen Verpflichtungen seiner früheren Regierung anlangt, so hat die deutsche Delegation diese ausdrücklich in dem Umfange anerkannt, in dem sie eingegangen sind. Sie bestreitet aber die Brechtigung, unserer Gegner, das Volk für politische Vergehen zu strafen, die sie seinen abgelehnten Führern zur Last legen. Deutschland hat die russische Regierung, mit der es den Frieden von Brest schloß, wohl an die Vertragsverpflichtungen der zarischen Regierung gebunden, ihr aber weder die Milliarden Werte noch die Menschenopfer angerechnet, um die der Ueberfall der Hare des Jaren auf den deutschen Osten das deutsche Volk geschädigt hatte. Wenn die allierten und assoziierten Regierungen sich weigern, den Kommissionsbericht über die Schuldfrage herauszugeben, so paßt das in ein Verfahren, wo sie zugleich als Ankläger und als Richter auftreten. Der Angeklagte soll nicht einmal wissen, wessen und weshalb man ihn beschuldigt; er ist verurteilt, ehe er gehört wurde.

Die unendliche Friedenskonferenz.

Amsterdam, 21. Mai. Aus Paris wird gemeldet: Es wird hier angenommen, daß die Friedenskonferenz noch den ganzen Sommer andauern wird, Lausung und House werden solange in Paris bleiben.

Die Abgeordneten im Namen der Saar-Bevölkerung.

Die Abgeordneten des Saargebietes Pommer, Köhmann, Ollmert, Dammert, Pich, Podorny, Reese, Schäfer, Schwarz, Siegmann haben an die Deutsche Friedensdelegation in Versailles nachstehende Erklärung gerichtet:

Die Friedensbedingungen der alliierten und assoziierten Mächte sehen die Abtrennung des Saarbeckens von Deutschland und die Gründung eines unter dem Schutze des Völkerbundes stehenden Staates auf die Dauer von 15 Jahren vor. Infolgedessen scharfen Verbotes jeder politischen Betätigung ist die Saarbevölkerung nicht in der Lage, selbst zu den Friedensvorschlägen Stellung zu nehmen. Wir, die gewählten Vertreter des Saarlandes, halten es deshalb für unsere Pflicht, im Namen der Saarbevölkerung gegen die beabsichtigte Loslösung des rein deutschen Saarbeckens vom Mutterland laut und feierlich unsere Stimme zu erheben. Die Bevölkerung in den abzutrennenden Landstrichen an der Saar ist nach fernem in den abzutrennenden Landstrichen an der Saar deutsch. Die geplante Errichtung eines Saarstaates ohne jeden Anschluß an Deutschland verstößt gegen den einmütigen Willen der Bewohner. Sie wird als ein hartes Unrecht und als ein Verstoß gegen die 14 Punkte des Präsidenten Wilson empfunden, die allein die von allen beteiligten Mächten anerkannte Grundlage des bevorstehenden Friedens bilden sollen. Die Bevölkerung des Saargebietes lehnt es ab, als Handelsware behandelt zu werden.

Wir vermögen auch die in den Friedensbedingungen angeführte

Begründung nicht für autreffend zu halten.

Die deutsche Regierung hat sich bereit erklärt, die zerstörten französischen Kohlengruben wiederherzustellen und die seit der Besetzung bis zur vollendeten Wiederherstellung der Kohlenminen ausfallende Kohlengewinnung Frankreich zu ersetzen, sowie dafür die nötigen Garantien zu geben. Anprüche der alliierten und assoziierten Mächte auf das Saargebiet selbst kann die Saarbevölkerung in Uebereinstimmung mit dem Völkerrecht und dem Völkerrecht

er Programms des Präsidenten Wilson nicht anerkennen. Namens der Saarbevölkerung widerprechen wir daher der beabsichtigten Loslösung des Saarlandes von Deutschland mit aller Entschiedenheit, zumal sie die Annäherung Frankreichs und Deutschlands verhindern würde. Wir bringen damit den Willen der gesamten Bevölkerung zum Ausdruck.

um Ausdruck. Wir richten an die Friedenskonferenz die eindringliche Bitte, dem Saarland seinen Einwohnern Gerechtigkeit widerfahren zu lassen. Die Saarbevölkerung war deutsch, ist deutsch und will deutsch bleiben.

Verzicht auf Oberschlesien?
Kattowitz, 21. Mai. Auf Grund eines Telegrammwechsels, den die gestern in Kattowitz anwesenden amerikanischen und englischen Kommission mit der französischen Regierung gehabt hat, kann die bestimmte Erwartung ausgesprochen werden, daß die Entente auf die Abtretung Oberschlesiens an Polen nachträglich noch Verzicht leistet.

Französische Propaganda für den Anschluß Hessens an Frankreich.
Frankfurt a. M., 20. Mai. „Le Rhein illustre“ — „Der Rhein im Bild“ — so heißt eine illustrierte deutsch und französisch geschriebene Wochenchrift, die seit kurzem in Mainz von französischer Seite herausgegeben wird. Vom Anfang bis zum Ende wird darin Propaganda gemacht für einen Anschluß Rhein-Hessens an Frankreich. So heißt es unter anderem in einem Artikel des Heftes:

Wenn wir mit Hatten sollen, so soll es wenigstens nicht in solitärer Weise geschehen, sondern die Gastbarkeit müsse in einer Weise abgekauft werden, die nicht mehr angebunden zu werden braucht. — Das Werben zum Landesverrat, die Lockung, von Deutschland abzufallen, und sich den Folgen des verlorenen Krieges zu entziehen, ist deutlich. Das Ständebüchlein dabei ist, daß sich auch deutsche Firmen gefunden haben, die, sei es freiwillig oder unter Druck, dieses Blatt mit Interaten füllen und bezahlt machen.

Die Amerikaner bleiben am Rhein.
Amsterdam, 20. Mai. „New York World“ meldet, daß Präsident Wilson eine neue Botschaft an die Vereinigten Staaten festgelegt habe, in der die Möglichkeiten aufgezählt sind, durch die Vereinigten Staaten in irgend einen zukünftigen europäischen Streit, der entsteht, wenn Deutschland den Friedensbedingungen nicht nachkommt, hineingezogen werden können. Der Präsident werde den amerikanischen Kongress um die Ermächtigung bitten, werde den amerikanischen Truppen für weitere fünf Jahre einen Teil der amerikanischen Truppen, die von Deutschland die Erfüllung der Friedensbedingungen zu erzwingen haben werden, am Rhein zu lassen zu dürfen. Wie das Blatt meldet, bedeutet dies neben dem Bündnis mit Frankreich einen neuen Sieg Clemenceaus und zeigt noch deutlicher den Preis, den Präsident Wilson für die Annahme des Völkerbundes und die Ablehnung der Anträge Jochs hat zahlen müssen.

Französische Drohungen.
Versailles, 21. Mai. Die inspirierten Neuherungen einiger Morgenblätter lassen erkennen, daß die Alliierten wahrscheinlich bereit sein werden, der deutschen Delegation einen Ausschub von acht Tagen einzuräumen, ferner daß man bereit sein wird, über Finanz- und Wirtschaftsdagen, nicht aber über Grenzfragen Zugeständnisse zu machen. Die Unterzeichnung soll bis zum 5. Juni als letztem zulässigen Termin erzwungen werden.

Die Blätter berichten, daß alle Regierungsvorbereitungen im Kriegsgeheimnis durch den Präsidenten des Departements Seine und Dife vollendet sind. Die alliierten Bevollmächtigten und Dife vollendet sind. Die alliierten Bevollmächtigten und Dife vollendet sind. Die alliierten Bevollmächtigten und Dife vollendet sind.

Die Unterzeichnung soll bis zum 5. Juni als letztem zulässigen Termin erzwungen werden.
Die Blätter berichten, daß alle Regierungsvorbereitungen im Kriegsgeheimnis durch den Präsidenten des Departements Seine und Dife vollendet sind. Die alliierten Bevollmächtigten und Dife vollendet sind. Die alliierten Bevollmächtigten und Dife vollendet sind.

Versailles, 21. Mai. Die regierungstreuen Pariser Blätter scheinen heute auf ein mot d'ordre hin die Unterzeichnung des Vertrages von Seiten Deutschlands entgegen zu sehen. Die deutsche Delegation könne diese Folgen zweifellos und deshalb dürfe man erwarten, daß sie den Vertrag unterzeichnen würde.

„Figaro“ schreibt, wenn die Deutschen Frankreich zwingen, den Waffenstillstand zu brechen, so würde Joch wieder der Herr der Stunde sein, alles würde wieder in Frage gestellt und es wäre sicher, daß Frankreich sich nicht mehr mit einem Kompromiß wie im jetzigen Friedensentwurf begnügen würde. Für den Rhein und das Saarbecken würde es radikalere Lösungen fordern. Wir können die Ereignisse ruhig abwarten, fährt das Blatt fort. Die Alliierten müssen nur fest an ihre Erklärungen halten. Der Vertrag ist das Mindestmaß ihrer Forderungen, die sie in allen wesentlichen Punkten durchzusetzen gewillt sind.

„Gaulois“ meint gleichfalls, daß die Alliierten ihre Bedingungen verschärfen würden, falls Deutschland nicht unterzeichne und daß sie dann mit den verschiedenen Bundesstaaten einzeln verhandeln würden.

„Petit Journal“, welches gleich der übrigen Presse erwartet, daß die deutsche Delegation einen allgemeinen Entwurf vorbringt, auf die Friedensbedingungen machen werde, glaubt, daß die Prüfung dieses Vorschlags eine Frist von etwa acht Tagen notwendig macht, daß dann die Entente eine endgültige Antwort erteilen und der deutschen Delegation einige Tage Bedenkzeit zur Entschlichung lassen wird. Falls dann der Vertrag unterzeichnet werde, würden die Mitglieder der deutschen Delegation sich unbehindert in Frankreich bewegen dürfen, jedoch werde den deutschen Staatsangehörigen die Ueberschreitung der französischen Grenze erst nach Ratifizierung des Friedensvertrages gestattet werden.

Ein Zeichen von Einsicht.
Rotterdam, 21. Mai. Laut „Nieuwe Rotterdamse Courant“ meldet der Pariser Vertreter der „Daily News“, daß die britischen Vertreter den Grundgedanken der Internationalisierung der Wasserwege überall hätten anwenden wollen, sie seien jedoch überstimmt und infolgedessen eine Regelung zum Nachteil Deutschlands getroffen worden, die gelung zum Nachteil Deutschlands trifft und unter die Aufsicht ihm alle großen Wasserwege nimmt und unter die Aufsicht von Ausschüssen stellt, in denen Deutschland nur in der Minorität ist. Dieser Vertrag könne die Fortdauer des Krieges veranlassen. Die Grundzüge, die man jetzt auf die deutsche Flotte anwende, hätten ebenso auf Rhone, Maas und Schelde angewendet werden müssen. Diese Bestimmungen müßten vom Völkerbunde im Geiste der Gerechtigkeit abgeändert werden. Der Pariser Vertreter des „Manchester Guardian“ hält es für sehr unwahrscheinlich, daß man die Niederlande werde bewegen können, in die belgische Forderung bezüglich Seelandisch-Flanderns und eines Teiles von Limburg zu willigen.

Für offene Verhandlungen.
Rotterdam, 21. Mai. Dem „Nieuwe Rotterdamse Courant“ zufolge meldet „Daily News“ aus Paris, daß einflussreiche Mitglieder der britischen und amerikanischen Friedenskommission stark auf offene Verhandlungen mit den deutschen Delegierten hin drängen. Mündliche Beratungen sind bereits wiederholt mit gutem Erfolge in Lebensmitteln, Schifffahrt- oder Finanzfragen in Antwerpen gekommen. Es wird darauf hingewiesen, daß eine Weigerung, mündlich zu verhandeln, unberechtigt sein würde. „Daily News“ meldet, es könne als feststehend betrachtet werden, daß die Alliierten gewisse Konzessionen machen werden. Diese Konzessionen würden vermutlich in der Frage des Saarbeckens, deren augenblickliche Lösung einer ersten Kritik nicht standhalten können, und außerdem in wirtschaftlichen Streitigkeiten aller Art gemacht werden. Daneben verlangt die Sachverständigen immer mehr zu der Ansicht hin, daß Frankreich und Belgien wohl auf jeden Fall Schadenersatz, den Deutschland bezahlen sollte, Anspruch haben, daß jedoch die Regelung in ihrer augenblicklichen Form undurchführbar sei. Vermutlich werde man einwilligen, die Bestimmungen bezüglich des Blancmesnils fallen lassen.

Ein englisches Urteil über den Schmachfrieden.
Saag, 21. Mai. Austin Harrison schreibt in den Daily News vom 15. d. Mts. über die künftige Schaffung eines polnischen Staates: Die polnische Schöpfung wird nie Bestand haben. Die Trennung von vier Millionen Deutschen ist schlechte Staatskunst. Harrison äußert sich dann in der gleichen Weise über die Regelung der Saarfrage. Er sagt: Die Enteignung ist unannehmbar mit den Gesetzen des Völkerbundes. Sie ist eine Verletzung des Kapitalismus. Die wirtschaftlichen Interessen Deutschlands auf unbestimmte Zeit in der Hand der Besiegten zu lassen, ist die Behandlung der deutschen Kriegsgefangenen.

In einer Note vom 28. April hatte sich General Nudant darauf beschränkt, die deutschen Klagen über eine große Anzahl von Fällen schlechter Behandlung deutscher Kriegsgefangenen in der früheren Kampfeszone zur Kenntnis zu nehmen, ohne daß die Bereitwilligkeit ausgesprochen wurde, eine Untersuchung der vorgebrachten Beschwerden zu veranlassen, wurden diese Fälle als einseitige phantastische Klagen bezeichnet und mit der Bemerkung abgetan, das französische Personal in den Lagern der deutschen Kriegsgefangenen sei über jede Anklage erhaben. Daraufhin wurde den Franzosen am 19. Mai eine kurze Denkschrift mit Aussagen über die Behandlung der deutschen Kriegsgefangenen in früheren Kampfgebieten überreicht. Den erschütternden Einzelheiten dieser Schrift kann man entnehmen, daß die Behandlung der Kriegsgefangenen seit dem Waffenstillstand vielfach verschlechtert wurde. Angesichts der überreichen Unterlagen, die auf Wunsch beliebig vermehrt werden können, wurde deutscherseits die Erwartung ausgesprochen, General Nudant werde nunmehr veranlassen, daß die jetzt und schon früher geschilderten Mißstände in den französischen Lagern genau untersucht und wo vorhanden, mit allem Nachdruck abgestellt werden.

Die polnische Schöpfung wird nie Bestand haben.
Die Trennung von vier Millionen Deutschen ist schlechte Staatskunst. Harrison äußert sich dann in der gleichen Weise über die Regelung der Saarfrage. Er sagt: Die Enteignung ist unannehmbar mit den Gesetzen des Völkerbundes. Sie ist eine Verletzung des Kapitalismus. Die wirtschaftlichen Interessen Deutschlands auf unbestimmte Zeit in der Hand der Besiegten zu lassen, ist die Behandlung der deutschen Kriegsgefangenen.

Die polnische Schöpfung wird nie Bestand haben.
Die Trennung von vier Millionen Deutschen ist schlechte Staatskunst. Harrison äußert sich dann in der gleichen Weise über die Regelung der Saarfrage. Er sagt: Die Enteignung ist unannehmbar mit den Gesetzen des Völkerbundes. Sie ist eine Verletzung des Kapitalismus. Die wirtschaftlichen Interessen Deutschlands auf unbestimmte Zeit in der Hand der Besiegten zu lassen, ist die Behandlung der deutschen Kriegsgefangenen.

Die polnische Schöpfung wird nie Bestand haben.
Die Trennung von vier Millionen Deutschen ist schlechte Staatskunst. Harrison äußert sich dann in der gleichen Weise über die Regelung der Saarfrage. Er sagt: Die Enteignung ist unannehmbar mit den Gesetzen des Völkerbundes. Sie ist eine Verletzung des Kapitalismus. Die wirtschaftlichen Interessen Deutschlands auf unbestimmte Zeit in der Hand der Besiegten zu lassen, ist die Behandlung der deutschen Kriegsgefangenen.

Die polnische Schöpfung wird nie Bestand haben.
Die Trennung von vier Millionen Deutschen ist schlechte Staatskunst. Harrison äußert sich dann in der gleichen Weise über die Regelung der Saarfrage. Er sagt: Die Enteignung ist unannehmbar mit den Gesetzen des Völkerbundes. Sie ist eine Verletzung des Kapitalismus. Die wirtschaftlichen Interessen Deutschlands auf unbestimmte Zeit in der Hand der Besiegten zu lassen, ist die Behandlung der deutschen Kriegsgefangenen.

Die polnische Schöpfung wird nie Bestand haben.
Die Trennung von vier Millionen Deutschen ist schlechte Staatskunst. Harrison äußert sich dann in der gleichen Weise über die Regelung der Saarfrage. Er sagt: Die Enteignung ist unannehmbar mit den Gesetzen des Völkerbundes. Sie ist eine Verletzung des Kapitalismus. Die wirtschaftlichen Interessen Deutschlands auf unbestimmte Zeit in der Hand der Besiegten zu lassen, ist die Behandlung der deutschen Kriegsgefangenen.

Berlin, 21. Mai. Major Papst von Oheim, der Vorsitzende der deutschen Unterkommision für Kriegsgefangene in Spa, hat seine Tätigkeit auf Verlangen Jochs einstellen müssen, da Major Papst in einer öffentlichen Versammlung des Volksbundes für Kriegsgefangenenfürsorge Rede gehalten und ausgesprochen haben soll, gegen das Vorgehen Marschall Jochs ist energischer Einspruch erhoben worden. Zum Nachfolger Majors Papst ist Major von Kämmerling bestellt worden.

Italien protestiert gegen den Versailler Frieden.
Genf, 20. Mai. In ganz Italien werden für den 11. Juni große Protestkundgebungen gegen den Versailler Frieden vorbereitet. Bisolatti tritt in den Organisationsausschuss ein.

Die Finnefrage endlich gelöst?
Versailles, 21. Mai. „Chicago Tribune“, Abendausgabe, will wissen, die Finnefrage sei durch die Internationalisierung der Stadt auf eine gewisse Anzahl von Jahren durch die Garantie, daß alle Staaten betreffs des Hafens gleichberechtigt sind, gelöst worden. Ein fünfgliedriger Ausschuss der Liga der Nationen soll die Stadt und den Hafen verwalten. Das Blatt erklärt, die Lösung der Finnefrage sei ein großer Sieg Wilsons. Die übrigen Pariser Blätter wissen, von dieser Lösung nichts zu berichten, nur daß die Verhandlungen gestern fortbauerten, ohne zu einem Ergebnis zu führen.

Albanien unter amerikanischer Verwaltung.
Ein amerikanischer Funkpruch an Lyon teilt mit, daß eine albanische Delegation die Vereinigten Staaten von Nordamerika gebeten hätte, Albanien unter deren Verwaltung zu nehmen, worauf natürlich eine günstige Antwort der Amerikaner eintraf. Danach gibt der Funkpruch die Gründe an, denen zufolge die Albaner nicht mehr von Italien verschluckt werden wollen, sondern von dem amerikanischen Verbands verspeist zu sein wünschten.

Um Konstantinopel.
Amsterdam, 21. Mai. Wie das Bureau Radio aus New York meldet, berichtet die „New York Times“, England habe eine neue Lösung der türkischen Frage vorgeschlagen, nach der Konstantinopel im politischen Besitz des Sultans verbleiben würde.

Rundschau.

Deutsche Bezahlung für Lebensmittel.
Amsterdam, 21. Mai. In Dabenzal ist ein Extrazug aus Deutschland mit Flugzeugen für das holländische Fliegerlager in Soesterberg angekommen. Gestern ist von Dabenzal ein Extrazug aus Deutschland mit gemünztem Golde im Werte von 200 Millionen Mark in Amsterdam als Garantie für die Lebensmittel angekommen, die Amerika an Deutschland liefert.

Polnische Kartoffeln.
Berlin, 21. 5. Gemäß den Bestimmungen des Danziger Vertrages über Abschluß von Kartoffellieferungen seitens der Polen an die deutsche Regierung haben die ersten Kartoffelproben die Stadt Biffa passiert.

Das Urteil der neutralen Ärzte.
Stockholm, 21. Mai. Der Ausschuss der neutralen Ärzte, der kürzlich den Ernährungsstand in Deutschland untersucht hat, der kürzlich den Ernährungsstand in Deutschland untersucht hat, der kürzlich den Ernährungsstand in Deutschland untersucht hat, der kürzlich den Ernährungsstand in Deutschland untersucht hat.

175 U-Boote ausgeliefert.
Berlin, 21. Mai. Die Abgabe der auszuliefernden U-Boote ist beendet. Es sind ausgeliefert worden: 8 U-Kreuzer, 62 große U-Boote, 64 U-V-Boote, 42 U-C-Boote; dazu sämtliche Hebeschiffe und die Druckboots bis auf eines, das wegen schlechten Wetters noch nicht überführt werden konnte. Daß es den Engländern nicht nur darauf ankomme, uns unserer wirksamsten Waffen zu berauben, sondern auch, sich wirtschaftliche Vorteile zu sichern, geht daraus hervor, daß für die auf der Ueberfahrt gesunkenen Boote elektrische und Delmaschinen als Ersatz geliefert werden mußten.

Einspruch gegen die Verhaftung Professor Lihmanns.
Wie bekannt, ist Professor Lihmann von der Universität Bonn durch das britische Kriegsgericht mit zwei Monaten Gefängnis bei sofortiger Verhaftung verurteilt worden, weil er im Papamt auf dem Kölner Hauptbahnhof ungeachtet einer dort aushängenden Anweisung und zweimaliger Aufforderung durch einen Offizier seinen Hut nicht abgenommen hat. Da nicht angenommen werden kann, daß die englische Militärbehörde wirklich der Ansicht ist, deutsche

Schleichendes Gift.

Roman von Reinhold Ortmann.

59) (Nachdruck verboten)

17. Kapitel.

Frau Marianne Ramboldt hatte es verlernt, allzuviel auf die Mienen ihrer Umgebung zu achten. Sie lebte ihr Leben für sich. Sie sah nichts anderes, als daß die Menschen um sie her sehr viel glücklicher waren als sie — und sie war es zufrieden, wenn nur an sie selbst nicht allzu große Ansprüche an Heiterkeit und konventioneller Lebenswürdigkeit gestellt wurden. Aber daß während ihrer Abwesenheit eine Veränderung mit Edith vor sich gegangen war, das mußte sie wohl bemerken. Sie hatte ihre junge Schwägerin auch sonst nicht allzuviel gesehen. Wertes sie selbst das Haus doch kaum jemals, während es Edith nur dann in den vier Wänden duldet, wenn es durch das Wetter ganz unmöglich gemacht wurde, ins Freie zu gehen. Jetzt aber ging sie ihr wie den übrigen Hausgenossen offensichtlich aus dem Wege. Den ganzen Tag brachte sie auf ihrem Zimmer zu; und zweimal schon war es vorgekommen, daß sie selbst an den Wohlgeleit unter dem Vorwand einer Migräne nicht teilgenommen hatte. Soweit es ein Vorwand war — denn ihre Blässe wie die dunklen Schatten unter ihren Augen ließen es wohl glaubwürdig erscheinen, daß sie sich auch körperlich nicht wohl fühlte. Daß sie seelisch litt, dafür legte ihre Wortlosigkeit wie der seine Leidenszug, der in ihr Gesicht geschnitten war, unzweideutig Zeugnis ab.

Auch daß Helmut, der in den letzten Wochen beinahe täglich wenigstens auf einige Minuten erschienen war, nun nicht mehr blicken ließ, mußte Frau Marianne ausfallen. Und es gehörte nicht einmal allzu großer Scharfsinn dazu, die beiden Ereignisse in einen Zusammenhang miteinander zu bringen. Ihr Bruder und ihre Schwägerin, die so anders, so ganz anders geartet war als ihr Mann — so waren ja die beiden einzigen Menschen, zu denen

sie ein inniges Verhältnis hatte. Die beiden einzigen Menschen an die sie sich in der trostlosen Leere ihres Daseins halten konnte. Und was in diesen Menschen vorging, das mußte ihr wohl eher offenbar werden, als denen, deren Leben reicher war — Sie hatte sich nicht in Ediths Vertrauen gedrängt, denn es bedurfte keiner langen Geständnisse, um sie erkennen zu lassen, wie es zwischen den beiden stand.

Und die Herzensnot, durch die sie selbst hatte gehen müssen, hatte sie sehr feingültig werden lassen den Empfindungen anderer gegenüber. Gefühle, von denen man Dritten sprechen sollte, hatten nach ihrer Anschauung schon etwas von ihrem tiefsten Blut und ihrem zartesten Keiz verloren. Und sie gab Edith auch nicht mit einem einzigen Wort oder einem Blick zu verstehen, daß sie ihr Geheimnis durchschaut hatte.

Als sie sie jetzt nach ihrer Rückkehr so verändert fand, hatte sie das nicht sogleich sehr ernst genommen. Sie war der Meinung gewesen, es habe zwischen den beiden einen kleinen Streit gegeben — eines von jenen Herzwürstchen, die am Ende nur dazu dienen, zwei Menschen fester aneinanderzuschließen. Daß Helmut gar nicht kam, hatte sie freilich ein wenig beunruhigt, und sie hatte auch eine Frage an ihren Mann gerichtet. Aber der Fabrikant hatte nur ein Achselzucken zur Antwort gehabt. Und so große Bedeutung hatte sie dem Benehmen des jungen Mädchens doch nicht beigegeben, daß sie auf die Vermutung hätte kommen sollen, es habe sich in der Zeit ihrer Abwesenheit wirklich Unheil ereignet.

Auch als sie jetzt in Ediths Zimmer trat, kam sie nicht in der Absicht, eine Aussprache herbeizuführen. Sie hatte geklopft, aber sie hatte keine Antwort erhalten. Nun sah sie, weshalb es stillgeblieben war. Auf ihrer Ottomane war Edith eingeschlafen. Und wenn es das Tageslicht in der müde herabgesunkenen Hand nicht verriet hätte: auf den blauen Wangen hatten die Tränen, mit denen sie eingeschlafen war, bereits Spuren hinterlassen. Leise, sie nicht zu wecken, trat Frau Marianne an ihre Seite und sah auf sie herab. In rascher Bewegung: so und konnte sie die junge Frau, und so wehe: so war

um ihren Mund, als ängstigte sie ein Traum. Und niemals im Wachen hatte sich's so ergreifend offenbart, was sie litt. Das innigste Mitleid erfüllte Frau Marianne. Und da sie kein anderes Mittel wußte, die Schläferin zu beruhigen, neigte sie sich herab, um einen zarten Kuß auf ihre Stirn zu hauchen.

Aber so leicht die Liebtosung auch gewesen war, sie hatte doch hingereicht, den unruhigen Schlummer zu scheuchen. Edith schlug die Augen auf — mit einem wirren Blick, in dem noch alle Eareden des Traumes waren, sah sie in das Gesicht, das sich über sie neigte — um dann plötzlich aufzuschrecken, so weh und verzweifelt aufzuschließen, daß Frau Marianne in tiefstem Erschrecken neben ihr niederkniet, sie zu umfassen.

„Edith — um Gottes willen — was ist dir —?“
„Sie gab keine Antwort. Es war offenbar, daß sie um die Beherrschung kämpfte — daß sie sich mühte, zu sprechen — aber das Leid war stärker als sie. Frau Marianne hatte sie niemals, nicht einmal als die Schwester nach Kind war, weinen sehen. Und dieses Schluchzen, das sich nicht niederringen ließ, unter dem sich der junge Körper wie im Krampf zusammenzog, regte sie ganz fürchterlich auf. Sie hielt sie fest umfassen, und unaufhörlich flüsterte sie ihr leise und zärtlich beruhigende Worte zu. Und wenn sich Edith im ersten Augenblick noch gegen ihre Umarmung gesträubt hatte — in der natürlichen Schwermelnsüchtigen Naturen, ihren Schmerz so preisgegeben zu sehen —, so war ihr Widerstand gegen das Mitleid und die teilnehmende Liebe doch sehr bald gebrochen. Die Einsamkeit, in der sie ihr Leid hatte tragen müssen, war ihr ja doch unerträglich geworden. Und sie schmeigte sich jetzt an die Brust der Aelteren, wie sich ein Kind in der Not an die Mutter drängt.“

„Sobald Frau Marianne das fühlte, ließ sie sie ruhig gewähren in ihrem Weinen. Nur leise über das Haar strich sie ihr. Daß man Trost suchte bei ihr — daß ein Weib zu ihr getragen wurde —, war doch von altem schmerzhaftem Gatte für sie —“

(Fortsetzung folgt.)

Politische Tageschau.

Tagung der Nationalversammlung. Die nächste Vollziehung wird voraussichtlich stattfinden, wenn die Entscheidung über den Friedensvertrag gefallen ist. Diese Sitzung wird dann wiederum in Berlin stattfinden. Es dürfte nur eine einzige Sitzung sein. Dann wird sich die Nationalversammlung, so weit sich voraussehen läßt, vertagen, und zwar etwa bis zum 16. Juni. Dann soll die Nationalversammlung in Weimar zusammentreten. Der Abschluß dieser Sommertagung dürfte bis etwa zum 1. August dauern.

Sechs Millionen Stimmen für Erhaltung des Religionsunterrichts. Die Unterschriftenammlung für Erhaltung der christlichen Grundlagen des Schulwesens, die nur in Norddeutschland eingeleitet ist, hat die Höhe von beträchtlich sechs Millionen evangelischer Stimmen erreicht. Davon entfallen allein auf das Gebiet der altpreussischen Landeskirche 3 600 000 Stimmen.

Aus den politischen Parteien.

Kreistagswahl-Ergebnis im Kreise Düblich.
Bei der Deutschen National-Versammlung wurden in Düblich-Land — ohne Stadt — abgegeben:
für die Sozialdemokratie 2727 Stimmen,
für die Demokraten 852 Stimmen,
für die Deutschnationalen 2609 Stimmen.

Intensiv Arbeit, die unmittelbar darauf einsetzte, brachte zur Kreistagswahl den Deutschnationalen einen vollen Erfolg. Es wurden auf dem Lande gewählt:
13 Deutschnationalen,
6 Demokraten,
6 Sozialdemokraten.

Da die Stadt ihrerseits 4 Nicht-Sozialdemokraten und zwei Sozialdemokraten wählte, ist das Verhältnis also im Kreistag 17 Nicht-Sozialdemokraten, darunter 14 Deutschnationalen gegen acht Sozialdemokraten.

Aus Stadt und Land.

Köslin, den 22. Mai 1919.
Zum 23. Mai: Sonnenaufgang 3.56, Sonnenuntergang 7.58.
Mondaufgang 12.43, Monduntergang 12.10.

Fortbildungsschulunterricht. Eine vom Magistrat zu gestern nachmittag in den Stadtverordneten-Sitzungsraum einberufene Versammlung von Interessenten befaßte sich mit der Verlegung des gewerblichen und kaufmännischen Fortbildungsschulunterrichtes in die Tagesarbeitszeit. Bekanntlich hatte seinerzeit die sozialdemokratische Stadtverordnetenfaktion einen diesbezüglichen Antrag in öffentlicher Sitzung gestellt. Gestern standen die sozialdemokratischen Abgeordneten Köhn, Siabbert und Grünwald mit ihrer Aufshawung allein, sämtliche Innungen, die Korporation der Kaufmannschaft, der Kolonialwarenhändlerverein usw. verhielten sich entschieden ablehnend und hatten von ihrem Standpunkt bereits vorher dem Vorsitzenden der Kommission, Bürgermeister Moß, Mitteilung gemacht. Auch der Vertreter der Handelskammer Mengel-Stettin war gegen die Neuerung und begründete seinen Standpunkt ausführlich. Da sich der Abg. Köhn schließlich zu einem Dauererwerb entwickelte, verließen sämtliche Anwesende mit Ausnahme der Sozialdemokraten den Saal, so daß die ganze, einhalsbändige Verhandlung ergebnislos verlief.

Fahrrad Diebstahl. Aus dem Hausflur Karlsruhstraße 38 wurde von einem Manne kräftigen Wuchses in Uniform und blauer Zivilmütze, mit Widelgamaschen, ein Fahrrad gestohlen.

Beschlagnahme wurden gestern abend auf dem Hauptbahnhof etwa ein halber Zentner Butter und etwas Fleisch.

Der Stenographenverein Stolze-Schrey hielt gestern in den Kösliner Festhallen seine gutbesuchte Monatsversammlung ab. Der Vorsitzende, Lehrer Kroll, gab eingangs die Resultate des am letzten Mittwoch stattgefundenen Preiswettbewerbs bekannt; von 17 abgehenden Exzellenz konnten 5 mit Preisen bedacht werden. Die Wahl des Kassen- und Bücherwärters, schloß sich an. Für den 1. Juni wird ein gemeinschaftlicher Ausflug nach Jarnum beschlossen.

Die Kriegsbeschädigten und Kriegshinterbliebenen vom Regierungsbezirks-Kriegerverband Köslin erheben, wie sie uns mitteilen, den schärfsten Einspruch gegen die jeder Menschlichkeit und Vernunft Hohn sprechenden Bestimmungen der Friedensurkunde, wonach die Renten der Kriegsbeschädigten und Kriegshinterbliebenen in den feindlichen Ländern kapitalisiert und unter Hintansetzung der deutschen Kriegsbeschädigten- und Kriegshinterbliebenen-Renten vom Deutschen Reich als Kriegskosten-Entschädigung, die 300 Milliarden Mark anspricht, gezahlt werden sollten. Das würde bedeuten, daß unsere Feinde die deutschen Opfer des Krieges und ihre Hinterbliebenen dem Elend preisgeben. Eine solche Forderung schreit zum Himmel, und es wird von der deutschen Regierung erwartet, daß sie nimmermehr zu einem Frieden, der diese Forderung aufstellt, die Hand bietet, daß sie eher die Unterschrift verweigert, als in der vom Feinde beabsichtigten Weise die Kriegsbeschädigten und Kriegshinterbliebenen dem Elend ausliefern wird.

Der demokratische Verein Köslin hielt am Mittwoch abend eine öffentliche Versammlung als Kundgebung gegen den Gewaltfrieden ab, zu der Männer und Frauen aller Parteien und Berufe erschienen waren. Nach den Begrüßungsworten durch den Vorsitzenden ergriff der Redner des Abends, Dr. Berndt, Mitglied der Preussischen Landesversammlung, das Wort. Von den 14 Wilschonschen Punkten ausgehend, schilderte er die schmerzlichen Folgen der territorialen Losreißungen, die den Grundgedanken Wilsons Hohn sprächen. Ebenso vernünftigen wäre die Bestimmungen in wirtschaftlicher und finanzieller Beziehung. Mit einem Hinweis auf Durchhalten in der kommenden schweren Zeit, schloß der Redner seinen mit großem Beifall aufgenommenen Vortrag. Sodann verlas der Vorsitzende eine Entschärfung, in der gegen den Gewaltfrieden Einspruch erhoben wurde; sie fand einstimmige Annahme.

Der Sängerbund des Regierungsbezirks Köslin. Zu unserer Notiz unter obiger Spaltenzahl in der getriggen Nummer wird uns noch mitgeteilt, daß das Bundesangehörigkeits nicht der ungünstigen Bahnverbindungen wegen, sondern der augenblicklichen traurigen Allgemeinverhältnisse wegen vertagt worden ist. Man wird von dieser Mitteilung gern überall Kenntnis nehmen.

Die Ausstellung von Vermögensverzeichnissen. Die Ausstellung der Vermögensverzeichnisse nach dem Stande der Vermögensverhältnisse vom 31. Dezember 1918 muß bis zum 31. Mai erfolgt sein. Es ist nun darauf hingewiesen worden, daß Steuerpflichtige, die es früher unterlassen haben, ihr Einkommen oder Vermögen richtig anzugeben, jetzt durch eine den Behörden entsprechende Vermögensausstellung in eine schwierige Lage kommen können. Dazu ist zu bemerken, daß ein Steuerpflichtiger strafrei bleibt, wenn er seine unrichtigen oder unvollständigen Angaben, bevor eine Anzeige gegen ihn gerichtet ist oder eine Untersuchung gegen ihn eingeleitet ist, bei der Steuerbehörde berichtet oder ergründet und die gefährdete Steuer, soweit sie bereits fällig gewesen ist, entrichtet.

Schulwesen für Eisenbahnbedienstete. Um den dauernden Verabungen an Eisenbahnhütten und die wiederholten Einbrüche in Güterböden und Eisenbahnkassensräumen wirksamer zu bekämpfen, werden die Eisenbahnbediensteten, des Anker- und Ankerbediensteten, werden die Eisenbahnbediensteten Stettin mit Schulwesen ausgestattet werden, umso mehr, als die Diebe vielfach die sich zur Wehr rührenden Eisenbahner bedroht und angegriffen haben. Die Bediensteten sind den zu Gewalttätigkeiten übergehenden Verbrechern gegenüber schutzlos, wie sich kürzlich bei dem Zerstörer Fall gezeigt hat. Man erwartet, daß nach Ausrüstung der Eisenbahner mit Schulwesen die Diebe sich abschrecken und die leider überhand nehmenden Diebstähle an Eisenbahnmaterialien nachlassen werden.

Gerechtheit. Gestohlen wurden in der Nacht zum Donnerstag in der hiesigen Volkshaus vierzig Pfund Zucker.

— or. Rügenwalde. Stadtverordnetenversammlung. In der am 19. d. Mts., 5 Uhr nachm. einberufenen Stadtverordnetenversammlung wurden 24 Stadtverordnete, am Magistratsrat außer Bürgermeister-Stellvertreter Feilauer, Ratsherr Kaskke anwesend vor Eintritt in die Tagesordnung wurde auf Anregung des Vorstehers Rißtom einer Protestkundgebung gegen die unannehmbaren Friedensbedingungen unserer Feinde, an die Reichsregierung zugehend. — Der Lateinunterricht an der hiesigen Schule soll mit Beginn des neuen Schuljahres ausfallen. — Der Zuschlagserteilung von Verpachtung städtischer Gärten und Wäsen wurde zu Die Erhöhung des Gaspreises soll nach erbobenen Einspruch erst ab 1. Februar d. Js. erfolgen. Die vorgesehene gemeinschaftliche Be waltung des Gas- und Elektrizitätswerkes wurde genehmigt. Die Abänderung der Luftbarkeitssteuerordnung wurde nach einem Vorschlag mit 20 von 24 Stimmen angenommen. Mit Erhöhung der Lager- und Standgelder für Schaubuden usw. erklärte sich die Versammlung einverstanden. Zur Behebung der Wohnungsnot beschloß der Magistrat die Erbauung zweier Arbeiterwohnhäuser zum Preise von 50 000 Mark. Die von der Sozialdemokratie an die Partei beantragte Beseitigung der Fürstentüder wurde mit 13 zu 11 Stimmen abgelehnt. Zur Angestellten-Versicherung für städtische Angestellte wurden als Nachzahlung auf die letzten 2 Jahre 1262,40 M. bewilligt. Die Errichtung einer weiteren Polizeiwachmeisterstelle wurde abgelehnt. Für die Reparatur des Bohlenwerks am Wipperwall wurden 10 000 Mk., für die der städtischen Badeanstalt 400 bewilligt. Außerdem wurden an den Sportverein für abhanden gekommene Geräte 600 M. bewilligt.

— Belgard. Die Reichsgetreidestelle hat bei einer Versammlung in Belgard in diesen Tagen, zu der die Leiter der Kreisförstereien und die Kreisforstinspektoren des Regierungsbezirks Köslin eingeladen waren, festgestellt, daß die Getreidelieferung des Kreises Belgard hinter anderen sehr zurückstehe. Das Soll der abzuliefernden Mengen war von den einzelnen Kreisen wie folgt erfüllt: 1. Stolp 76 Prozent, 2. Schlawe 76 Prozent, 3. Schivelbein 65 Prozent, 4. Köslin 60 Prozent, Rügenwalde 55 Prozent, Belgard 55 Prozent.

— Regenwalde. Aufschlärter Diebstahl. Der gemeldete Pferde Diebstahl beim Mühlenbesitzer Janke auf Baahiger Mühle ist nun völlig aufgeklärt worden. Als Täter kommen zwei hiesige Arbeiter, Maske und Pribbenow, in Frage. Sie haben sich mit dem Führer nach Stettin begeben und den Raub an einem Molkereibesitzer für fünftausend Mark verkauft. Dieser zahlte zunächst 300 Mark an und ließ die Täter wiederkommen. Er verständigte inzwischen die Kriminalpolizei, und dieser gelang es, einen Täter festzunehmen.

— Straßburg. Amtsmüdigkeit des Regierungspräsidenten. Die verlanct, hat der Regierungspräsident von Straßburg, von Ordnung, beim Minister des Innern sein Abschiedsgesuch eingereicht. Er wünscht bereits Ende dieses Monats von seinem Posten entbunden zu sein.

Vermischtes.

— Maffuerkrankungen durch Alkohol. In Berlin ist eine Anzahl von Personen durch Genuß von giftigem Alkohol schwer erkrankt, drei Personen sind sogar bereits gestorben. Die verheerenden Wirkungen sind denen ähnlich, die vor Jahren der Genuß von Methylnalcohol hervorgerufen hat. Damals haben über 100 Arbeitslose ihren Tod gefunden. Der Kriminalpolizei ist es gelungen, die Herkunft des giftigen Schnapstes zu ermitteln. Es handelt sich um „Kognak“, den die Firma Wendt in der Müncheberger Straße Nr. 25 hergestellt hat. Den Alkohol, der ohne ihr Wissen das Gift enthielt, bezog sie auf dem Wege des Schleißhandels durch einen gewissen Buchhändler. Bevor dieser ihn erhielt, war er schon durch mehrere Hände gegangen.

— Bad Gms für deutsche Bade Gäste gesperrt. Die gesamten Kur- und Bademittel von Bad Gms sind nach einer Verfügung der französischen Militärbehörde den Bade Gästen aus den verbündeten und neutralen Ländern sowie aus den besetzten Gebieten vorbehalten. Die Einreise von Besuchern aus dem unbesetzten Deutschland ist verboten.

— Dynamitexplosion in Norwegen. Montag vormittag 9 Uhr fand in der Dynamitfabrik Engene in der Nähe von Brösk durch Entzündung eines Nitroflusses eine Explosion statt. Infolge der Explosion entzündeten sich eine Anzahl zur Fabrik gehöriger Häuser. Bis 1 Uhr mittags wurden etwa 50 Personen als verwundet gemeldet, davon drei bis vier schwer, die sofort nach Kristiania transportiert wurden. Um zwei Uhr nachmittags wurde amtlich gemeldet, daß größte Gefahr bestehe, daß der ganze Komplex den Flammen zum Opfer fallen könnte. Man hat versucht, die Dynamitlager zu entfernen, was jedoch infolge der fürchtbaren Hitze gezwungen, das bedrohte Gebiet zu räumen. Die ganze Bevölkerung von Engene befindet sich auf der Flucht, man verläßt sich schnellstens zu retten. Es wird befürchtet, daß die großen Dynamitlager in die Luft fliegen werden.

— Eine Postwertzeichenverfeinerung des Reichspostmuseums wird am Mittwoch, den 25. Juni, 10 Uhr vormittags, im Künstlerhaus in Berlin W. 9, Postwerkestraße 3 (am Potsdamer Platz), abgehalten werden. Zur Vertiefung gelangten Postbestände ungebrauchter Postwertzeichen der früheren deutschen Postanstalten in der Liste (Ausgabe 1906/12 mit Wasserzeichen). Es werden sowohl kleinere Lose für Sammler als auch größere für Händler käuflich sein. Des Näheren ergebe n die Vertiefungsbedingungen, die vom 22. Mai an vom Reichspostmuseum in Berlin W. 66 portofreie bezogen werden können.

Letzte Nachrichten.

Verlängerung der Frist für die Gegenvorschläge.
Paris, 21. Mai. (Reuter.) Amtlich. Den Deutschen ist die Frist zur Ueberreichung ihrer Gegenvorschläge bis zum 29. dieses Monats verlängert worden.

Verantwortlich für den politischen Teil: Hauptredakteur Alfred Schwinger; für den übrigen redaktionellen Teil: Max Goss; für den Anzeigenteil: Hans Reigelnd. Druck und Verlag: Fürstentum Zeitung A.-G. Sämtlich in Köslin.

Landwirtschaftliche Winterschule in Düblich

wird in diesem Herbst eröffnet und nimmt schon jetzt entgegen. Das Schulgeld beträgt im ersten Jahre 60.— Mark.

Der Lehrplan umfaßt nur solche Gegenstände, die praktisch brauchbar sind und die der Landwirt, der vorwärts strebt, heute wissen muß. Aufgenommen werden junge Leute vom 16. Jahre an, doch werden ältere junge Leute mit mehr Verständnis haben. Zur Aufnahme ist ein Führungszeugnis (Unbestraftheit) erforderlich sowie bei nicht mündigen jungen Leuten eine Einwilligungsbestimmung des Vaters oder Vormundes. Geeignete Unterkunft wird nach Möglichkeit den Schülern nachgewiesen werden.

Gleichzeitig weist ich darauf hin, daß der Leiter der landwirtschaftlichen Winterschule allen Landwirten Rat und Auskunft in landwirtschaftlichen Fragen kostenlos erteilt, für Kleinrentner sind auch Besichtigungen an Ort und Stelle völlig kostenfrei. Mündlich bin ich Mittwoch vormittags auf dem Landratsamt im Zimmer Nr. 10 zu haben.

Der Leiter der landwirtschaftlichen Winterschule Düblich.
Dr. Goss

Bürger wegen geringfügiger Nichtbeachtung von Anordnungen, deren Berechtigung aus dem Völkerrecht nicht hergeleitet werden kann, eingufekern, so hat der Vorsitzende der deutschen Kommission in Spa am 18. Mai Einspruch gegen die Befragung des Professors Lignann erhoben und die englische Kommission um nähere Aufklärung des Falles ersucht.

Die Baluta steigt.
Zürich, 21. Mai. Die Schweizerische Presse ohne Unterschied der Parteilichungen erblickt die Ursache der plötzlichen Kurssteigerung der deutschen Reichsmark in der Schweiz in der festen Haltung der deutschen Regierung auf die Friedensbedingungen der Entente. Im freien Verkehr steig der Markkurs gestern stellenweise 52 bis 60.

Kein Anschluß Deutsch-Oesterreichs.
Wien, 21. Mai. An die große Vereinigung der Nationalversammlung ist aus St. Germain folgendes Telegramm des Delegierten Schönbauer eingetroffen:
Die Befürchtung, daß der Republik Deutsch-Oesterreich der Anschluß an das Deutsche Reich verboten werde, daß aber keinerlei territoriale und finanzielle Zugeständnisse für den Verzicht auf den Anschluß gegeben werden, scheinen leider den Tatsachen zu entsprechen. Man muß den Eindruck erhalten, daß keinerlei Entgegenkommen von Seiten der Ententevertreter Deutsch-Oesterreich gegenüber zu erwarten sein wird. Die Meldungen, daß Deutsch-Oesterreich für einen Verzicht auf den Anschluß Kompensationen auf finanziellen und territorialem Gebiet erhalten werden, erweisen sich als Schachzug, um die öffentliche Meinung in Deutsch-Oesterreich durch falsche Orientierung irrezuführen und auf diesem Wege durch Beeinflussung die politische Ohnmacht Deutsch-Oesterreichs zu vermehren.

Die Zustände in Polen.
Breslau, 20. Mai. Ein Lodzer Kaufmann, der zu Besuch in Breslau weilte, machte einige interessante Mitteilungen über die Zustände in Polen. Danach regiert in Polen ausschließlich die Entente, die alle wichtigen Aemter in ihrer Hand zu bringen gemüht hat. Die Kaiserliche Armee ist auch nicht das, was die Befehlshaber von ihr erwarteten. Die Artillerie ist ganz französisch. Vom Major aufwärts sind Franzosen im Kommando. Die Disziplin beginnt sich bereits zu lockern, da die Leute kampfmüde geworden sind. Die Offiziere verhalten sich mit den Polen — und das ist besonders interessant — deutsch; dabei ist für diese Herren das Deutsche erlaubt. Alle Jahrgänge von 18 bis 35 Jahre werden eingezogen ohne Unterschied, ob sie deutsche Staatsangehörigkeit besitzen oder nicht, ob sie Juden sind oder Christen. Die Arbeiter sind unzufrieden und warten auf einen Augenblick, zur kommunistischen Erhebung.

Deutsch-feindliche Erzeffe in Pilsen.
Wien, 21. Mai. Gestern weilte Präsident Masaryk in Pilsen, um die Skodawerke zu besichtigen. Im Anschluß an diesen Besuch kam es zu großen deutsch-feindlichen Erzeffen. Die Tischechen behaupten, die Deutschen in Pilsen hätten es während des Aufenthalts Masaryks an der schuldigen Ehrerbietung fehlen lassen, und mit dieser Motivierung verurteilten sie das Haus der Apothekenbesitzerin Kalsar, klebten sie aus dem Bette auf die Straße und trieben sie unter fortwährenden Mißhandlungen auf das Rathaus, wo Frau Kalsar in Schutzhaft genommen wurde.

Das Ende der Brotkarten in Paris.
Paris, 21. Mai. (Agence Havas.) Die Rationierung des Brotes ist aufgehoben worden.

Japan und Amerika.
Von Krefen, die sehr gute Beziehungen zum Ausland haben, wird uns mitgeteilt, daß die Beziehungen zwischen Japan und Amerika, die äußerlich korrekt erscheinen, in Wirklichkeit ernsten Konflikten entgegenstehen. Darin kann man auch die große Nachgiebigkeit Wilsons gegenüber den englischen und französischen Forderungen erklären. Wilson hat es eilig mit dem Frieden, um seine Hände für andere Sachen freizubekommen. Dazu kommt die große Mißstimmung des Repräsentantenhauses über die Geheimhaltung der Friedensartikel. Der geradezu alanzend organisierten japanischen Spionage ist es geglückt, die weitestehende Unterstützung Wilsons in der Schantungfrage durch den Präsidenten Wilson aufzuheben. Diese Aufhebung hat in Tokio eine große Erregung in den weitesten Kreisen hervorgerufen, die der japanische Vertreter in Paris, der zugleich Botschafter in Washington ist, auch nach Paris telegraphisch hat. So haben die Pariser Blätter eine geradezu beleidigende Haltung gegen Wilson eingenommen.

Im Kampfe gegen den Bolschewismus.

Ein Putsch in Danzig vereitelt.
Danzig, 21. Mai. Hier wurde eine Anzahl Verhaftungen russischer Agenten vorgenommen. Für die nächsten Tage war in Danzig ein bolschewistischer Putsch vorbereitet, dessen Pläne der Behörde in die Hände gefallen sind.

Der Gesamtschaden der Räterepublik.
Bamberg, 21. Mai. In Regierungs- und Landtagskreisen nimmt man an, daß die vierwöchentliche Räte-Republik den bayerischen Staatsfinanzen einen Gesamtschaden von etwa einer Viertel Milliarde Mark verursacht hat. Eine ziffernmäßige Aufstellung ist zunächst deshalb nicht möglich, weil verschiedentlich Belege fehlen und die Gewalt Herrscher in der vierwöchigen Räterepublik Vorausforderungen, die nach Hunderttausenden gingen, teils telephonisch angenommen und auch telephonisch bewilligt haben. Der Schaden von einer Viertel Milliarde Mark, der in vier Wochen verursacht worden ist, ist genau ein Viertel des zweijährigen bayerischen Gesamtstaatsbudgets.

Der lettische Bericht.
Lettisches Armeehauptquartier, 20. Mai. (Lagebericht vom 19. Mai.) Am 18. und 19. Mai holte der Bolschewit zu einer großzügigen Offensive aus. Sie ist ihm mißglückt. Hauptbrennpunkte des Kampfes waren die Gegend südlich Daus, die Bahn Riga-Mitau, Kalnen-Schlott. Anfangserfolge des Gegners wurden in sofortigen Gegenstoßen ausgeglichen. Hierbei wurden dem Feinde schwere Verluste zugefügt. Eine Anzahl Maschinengewehre und Minenwerfer wurden erbeutet. Die eigenen Verluste sind nur unbedeutend.

Die lettischen Jäger in Riga.
Kopenhagen, 21. Mai. Die lettischen Jäger, die am 19. Mai Dinamünde besetzten, drohten, Riga mit schweren Geschossen zu beschleßen, wenn nicht die bolschewistisch-Kommunisten innerhalb 3 Stunden ausgeliefert werden würden. Diese Forderung wurde nicht erfüllt. Darauf besetzten die lettischen Jäger Riga. Der größte Teil der Kommunisten wurde erschossen.

Bolschewistische Unruhen in Bulgarien.
Amsterd., 21. Mai. „Daily Herald“ vom 19. Mai meldet, daß die Nachrichten über den Ausbruch von Unruhen in Bulgarien sich bestätigen. In Sofia kam es zu blutigen Konflikten zwischen der Garnison und der revolutionären Volksmenge, die die Absetzung der Regierung und die Ausrufung der Sowjet-Regierung verlangte. In Pustchup, Philippopol und Warna ist es zu Ausschreitungen gekommen. Die Truppen haben überall geweigert, gegen die Bevölkerung vorzugehen.

Heute früh 1 Uhr entschlief sanft nach längerem Leiden mein lieber Mann, unser guter Vater, Schwieger- und Großvater, der **Mißer**

Albert Mielke

im 70. Lebensjahre.
Dies zeigen tiefbetrubt an
die trauernden Hinterbliebenen.
Mitzelz, den 21. Mai 1919.
Die Beerdigung findet Sonnabend nachmittag 3 Uhr statt.

Bekanntmachung.

Ausgabe der neuen Kohlenkarten gegen Umtausch der alten am Freitag, dem 23. d. Mts., von 8-1 Uhr:
Marienstraße, am Markt, Mauerstraße, Morikstraße, Mühlentorstraße, Mühlentor-Vorstadt-Ausbau.
Zur Feststellung der Gruppeneinteilung hat jede Haushaltung die Protokollkarte, sowie den Mietvertrag vorzulegen.
Es wird im eigenen Interesse jeder Haushaltung darauf hingewiesen, die neuen Karten bestimmt abzuholen.
Köslin, den 22. Mai 1919.

Der Magistrat.

Bekanntmachung.

Für die Einwohner der Stadt Köslin wird auf Lebensmittelkartenabschnitt Nr. 94 am Mittwoch, dem 23. Mai, pro Kopf 1/2 Pfund Weizengries ausgegeben.
Die Abschnitte sind bis spätestens Dienstag abend in den Geschäften abzugeben.
Die Kaufleute werden ersucht, die Abschnitte am Mittwoch vormittag, möglichst früh, im Lebensmittelamt einzureichen.
Der Kleinhandelshöchstpreis für 1 Pfund Gries ist 48 Pfg.
Köslin, den 22. Mai 1919.

Der Magistrat.

Bekanntmachung.

Für die Bewohner des Landkreises Köslin werden auf Abschnitt Nr. 7 der Protokollkarte am Sonnabend, dem 31. Mai, 300 Gramm Kunsthonig ausgegeben.
Abschnitt 7 ist inzwischen, spätestens aber bis Freitag, den 30. Mai, bei den Kaufleuten und Gastwirten abzugeben, damit diese die Ware vom Lebensmittelamt am Sonnabend in Empfang nehmen können.
Der Kleinhandelshöchstpreis ist für ein Pfund Kunsthonig auf 80 Pfg. festgesetzt.
Köslin, den 22. Mai 1919.

Der Magistrat.

Bekanntmachung.

Für die Herstellung von Kleinwohnungsbauten der Gartenheimgenossenschaft Köslin, e. G. m. b. H., wird beabsichtigt, nachstehend aufgeführte Arbeiten und Leistungen zu vergeben:
1. Erd- und Mauerarbeiten,
2. Asphaltarbeiten,
3. Zimmer- und Stakerarbeiten,
4. Dachdeckerarbeiten,
5. Klempnerarbeiten.

Die Verdingungsunterlagen liegen im Stadtbauamt, Stadthaus, Zimmer 4, während der Dienststunden von 7 Uhr vorm. bis 2 Uhr nachmittags zur Einsicht aus und können gegen Einzahlung von 4,00 Mark für Los 1 und 3 und von 3 Mark für Los 2, 4 und 5 von dort bezogen werden.
Beschlossene und mit entsprechender Aufschrift versehene Angebote sind bis zum

31. Mai 1919, vormittags 10 Uhr, an das Stadtbauamt Köslin, Stadthaus, Zimmer 4, einzureichen, woselbst die Eröffnung der Angebote in Gegenwart etwa erscheinender Bieter erfolgt.
Köslin, den 16. Mai 1919.

Der Magistrat.

Bekanntmachung.

Unter Bezugnahme auf das Inserat der sogenannten Pommerischen Lebensmittellzentrale Stolz in den hiesigen Zeitungen machen wir darauf aufmerksam, daß der An- und Verkauf von Fischen und Räucherwaren der gedachten Art lediglich der hiesigen Fischhandelsgesellschaft zulieft. Wer also an die obige Firma Fische verkauft, macht sich strafbar. Die von der Fischhandelsgesellschaft den hiesigen Kaufleuten zugeleiteten Waren müssen reiflos an die hiesige Bevölkerung abgegeben werden.
Köslin, den 22. Mai 1919.

Der Magistrat.

Bekanntmachung.

Am Freitag, dem 23. Mai, findet eine weitere Fleischverteilung und zwar für alle Bezirke statt, soweit bisher eine Zuteilung noch nicht stattgefunden hat. Ausgabe der Ausweise von 9 Uhr ab im Stadtvorordneten-Sitzungsraum, Protokollkarte und sämtliche Fleischkarten sind vorzulegen. Familien, die hausgeschlachtet haben, werden nicht berücksichtigt.
Köslin, den 22. Mai 1919.

Der Vollziehungsausschuß des Arbeiter- und Soldatenrats Köslin.

**Die Gemeinnützige Siedlungsgesellschaft
m. b. H.
für den Kreis Köslin zu Köslin
sucht
besiedlungsfähige Grundstücke**

im Kreise Köslin zu kaufen, die in der Hauptsache aus Acker und Wiesen bestehen und möglichst für die Ansiedler sofort benutzbare Wohn- und Stallgebäude besitzen. Agenten verbieten! Schriftliche Angebote an den Geschäftsführer: Geh. Reg.-Rat von Puttkamer, Rogzower Allee 3.

Empfehle feinstes

Backobst

Pfd. 6,25

Franz Bewersdorff,
Köslin, Bergstraße.
Fernruf 61.

Große Allgemeine Handwerkerversammlung

am Freitag, dem 23. Mai 1919, abends
8 Uhr in den Kösliner Festsälen, Wilhelmstr.

Vortrag unseres Bundesvorsitzenden Herrn Voigt-Friedenau über:
„Der Verzweigungskampf des Handwerks um seine Existenz“.

Sämtliche Handwerker Köslins und Umgegend
sind hierzu freundlichst eingeladen.

Angeichts der schweren Zeit, in der sich unser Handwerk befindet, erwarten wir,
daß alles zur Stelle ist.

Der Handwerkerverein.

Kiefern-Wald

auch fertiges Birken-, Buchen-, Nadel-,
Nutz- und Brennholz

kauft jeden Posten

Wilhelm Prinz, Holzhandlung

Corbus, Bahnhofstraße 65.
Telefon 821.

Acker-Pferde

eingetroffen. Dieselben stehen im „Pommerschen Hof“
zum Verkauf und Tausch.

Tiede und Syring,
Telefon 256 und 491.

Offenes Telegramm an Pferdeinteressenten.

Jeder, wer Pferde braucht, wird ersucht, sofort jezt nach Charlottenburg, Stall Nr. 10, im Bahnhof Zoologischer Garten, zu kommen, da Pferde später erheblich teurer werden. Es sind alle Rassen vorrätig.

Die Pferdewerkaufsstelle.

Expedition und Verladen wird von hier besorgt. Heutige Preise pro Pferd: Kleinere ca. 2500, Mittlere 3-4000, Schwere ca. 5000 Mark. Kriegsanleihe wird zum Tageskurs in Zahlung genommen.

Schützenverein Nest.

Schützenfest.

Abmarsch zum Schießplatz 3 1/2 Uhr nachmittags.
Gäste können mit Genehmigung des Vorstandes eingeführt werden.

Der Vorstand.

Hans Lange, Dentist

Markt 28, I.
Zahnersatz nach neuestem Verfahren.
Gold-Kronen und Brückenarbeiten.

Freibank.

Freitag, den 23. d. Mts., von
8 Uhr ab, Abgabe von Nummern
von 201-380 nur gegen Fleisch-
karte. Protokollkarte ist mitzubringen.
Der Schlachthofdirektor.

Am Freitag, dem 23. Mai, nach-
mittags 4 Uhr, findet in der
Superintendentur eine Sitzung des
Gemeinderats statt, an die
sich um 5 1/2 Uhr Sitzung der
Kirchengemeindevertretung
anschließt.
Supertnt. Lic. Meyer.

Wiesenverpachtung.

Die diesjährige meistbietende
Verpachtung der zweischmittigen
Raduweisen des Gutes Rasow
findet an Ort und Stelle statt am
Dienstag, dem 27. Mai, vormittags
8 1/2 Uhr. Anfang auf der Bahn-
hofsseite. Zahlung des Pachtpreises
im Termin.
Die Forstverwaltung.

100 Mark. Panzer-Fahrrad

mit neuen Mänteln gestohlen. Für
Wiedererlangung obige Belohnung.
Aug. Brodowski,
Karlshofstr. 38, Teleph. 414.

Harmonische Ausbildung des Körpers

für Mädchen von 4-15 Jahren
durch hygienische Turn- und Tanz-
übungen nach Muffit.
Beginn Freitag, den 23. 5., um
4 1/2 Uhr in der Vogeumsternhalle.
Anmeldungen von 4 Uhr in der
Halle.
H. Piekon.

Am Sonntag, dem 25. Mai,
nachmittags von 3 Uhr ab bleibt
mein Geschäft für den öffentlichen
Verkehr geschlossen.

Gustav Lau, Gastwirt,
Wandhagen.

1a Spargel

täglich auf dem Markt und Papen-
straße 22 zu haben.
Frau Ellweschewitz.

Mietsverträge, Lehrverträge

für Handwerks- u. Handelsbetriebe
hält vorrätig
die Geschäftsstelle der
Fürstentümer Zeitung
A.-G. Köslin,
Bergstraße 28.

Stotterer

erhalten gratis meine Broschüre
über die Ursache des Stotterns und
die Beseitigung desselben ohne
Arzt und ohne Berufshilfe (Dr.
R. P.) Die Zusendung erfolgt
sofort in Kuvert ohne Firma voll-
ständig kostenlos. G. Steinmeier,
Hagenburg (Schmb.-Lippe).

Interessante Bücher
Bergerichse gratis und franco.
Aftaverlag München 23/116.

Arbeitsmarkt.

Städtisches Tagkinderheim

sucht für sofort
Kindergärtnerin
bei gutem Gehalt. Nur Bewerber-
innen, die in Köslin Wohnung
haben, wollen sich melden in der
Diakonissenanstalt Salem von 12
bis 1 Uhr.

Suche 3. 1. Juli oder auch schon früher zuverlässiges, ordentliches Hausmädchen

und bitte um Angebote.
Frau Gutsbesitzer 6. Jäh,
Neubühlstr., bei Budlig.

Zum 1. Juli Hausmädchen

gesucht, das kochen kann, auch
durch Mietsfrau,
Frau v. Soelzig, Elisenstr. 10.

Wohnungen, Zimmer.

Für sofort von akadem. gebild.
Herrn

möbliertes Zimmer

in ruhigem Hause, mit oder ohne
Befähigung gesucht. Angebote mit
Preis unter D. 322 an die Ge-
schäftsstelle d. Bl. erbeten.

Tiermarkt.

Adouge kräftige
Pferde
verkauft
Koch- u. Kretzlin.

Braune Stute, dunkelbr. Wallach

hat abzugeben
August Grubitz, Abbau-Steglin.

An- und Verkäufe.

Ein Kinder-Schreibpult
zu kaufen gesucht. Angebote unter
M. 332 an die Exped. d. Zeitung
erbeten.

Eine Grube Dung

verkauft
Lüttichwager, Quebbest. 4.

Kirchliche Anzeigen.

Synagogen-Gemeinde.

Freitag abend Gottesdienst 7 Uhr.

Kösliner Veranstaltungen.

Donnerstag, den 22. 5. 19.
Religiöser Vortrag des Superinten-
denten Lic. Meyer abends 8 Uhr
im Gemeindehause.

Standesamtsnachrichten

für die Zeit vom 14. bis 20. Mai
d. Js.
Geboren: Knaben 4, Mädchen 5;
Aufgebote 8, Eheschließungen 5;
Bestorben: Bechel, Justizrat Anna
Timm geb. Jaehne, 56 J., verehel.
Wagenbauer Emma Dräger geb.
Fischer, 56 J., Kreisbaumeister 4.
D. Johannes Lepien, 67 Jahre,
Tischler Albert Marks, Sohn Hans,
7 J., Friseur Willi Neas, 36 J.,
Kaufmann Emil Timm, Stettin,
64 J., verw. Gärtner Henriette
Tiegs geb. Rivold, 79 J., 1 Tobs-
geburt.